

Stand: 20.04.2026 06:25:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19394

"Impfturbo in Bayern zünden, Kompetenzstreit beenden: Impfprogramm durch Ärztinnen und Ärzte in Apotheken unverzüglich beginnen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19394 vom 07.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19507 vom 09.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 09.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Impfturbo in Bayern zünden, Kompetenzstreit beenden: Impfprogramm durch Ärztinnen und Ärzte in Apotheken unverzüglich beginnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Impfen ist der wichtigste Weg aus der Pandemie. Bayern muss alle Kapazitäten zur Impfung gegen COVID-19 ausschöpfen. Die Impfquote ist weiterhin zu niedrig und muss schnell gesteigert werden. Dafür muss die Zahl der wohnortnahen Impfangebote unmittelbar und wirksam erhöht werden. Das gilt insbesondere auch für die dringend gebotene, schnelle Verbesserung des Infektionsschutzes durch Impfauffrischungen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um kurzfristig in ganz Bayern Impfungen gegen COVID-19 in Apotheken unter Beteiligung von örtlichen und/oder niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zu starten. Wenn Ärztinnen und Ärzte Impftermine in Apotheken beaufsichtigen, ist eine weitere Verzögerung durch das Warten auf eine Rechtsänderung des Bundes (wie sie die Gesundheitsministerkonferenz am 29.11.2021 erbeten hat) vermeidbar.

Bei Impfprogrammen in Apotheken sollen entsprechend qualifizierte Pflegekräfte oder medizinische Fachangestellte berücksichtigt werden, die bereits jetzt selbstständig oder unter ärztlicher Anleitung impfen dürfen.

Begründung:

Angesichts der Warteschlangen von Impfwilligen und Verzögerungen bei Impfterminen muss rasch gehandelt werden. Neben der Verfügbarkeit von Impfstoffen kommt es darauf an, niedrighschwellige und schnell umsetzbare Impfangebote vor Ort zu organisieren.

Mit Blick auf die sich zuspitzende Lage in den Krankenhäusern ist jetzt nicht die Zeit für berufsrechtliche Kompetenzstreitigkeiten über die Berechtigung zum Impfen zwischen Fachverbänden, Juristen und Politik, sondern es müssen gemeinsame pragmatische Lösungen gefunden werden.

Auf die flächendeckende und wohnortnahe Infrastruktur der Apotheken könnte für Impfungen gegen COVID-19 unmittelbar zurückgegriffen werden. Apotheken sind bereits jetzt in die Versorgung mit Impfstoffen eingebunden und sind geeignete Anlaufstationen für die Menschen in Bayern. In vielen Apotheken könnten ohne große Vorbereitungsmaßnahmen Impfungen sicher durchgeführt werden. Das ist bislang jedoch nicht möglich, weil das Impfen der Ärzteschaft vorbehalten ist.

Gleichzeitig gibt es Ärztinnen und Ärzte vieler Fachrichtungen, die nicht in die Impfeinsätze eingebunden sind, aber grundsätzlich über die Befähigung und Berechtigung zum Impfen verfügen. Viele Impfwillige kommen von sich aus eher nicht auf den Gedanken, sich zum Impfen bspw. in einer orthopädischen, gynäkologischen oder zahnärztlichen Praxis anzumelden. Für viele Fachpraxen erscheint es deswegen bisher nicht sinnvoll, eigene Impfangebote vorzuhalten – gerade auch weil die Planungen hinsichtlich Verfügbarkeit und Haltbarkeit der Impfstoffe erheblichen Aufwand bedeuten können.

Die Staatsregierung soll daher Maßnahmen zum Impfeinsatz von Ärztinnen und Ärzten sowie ggf. von weiterem geeigneten Gesundheitspersonal in den Apotheken ergreifen. Dabei ist insbesondere an die Fachrichtungen zu denken, die bisher nicht schwerpunktmäßig gegen COVID-19 impfen, oder auch an Medizinerinnen und Mediziner im Ruhestand. Auch Medizinstudierende in höheren Semestern könnten zur Unterstützung beteiligt werden.

Der Anteil an Personen, die gegen COVID-19 wirksam (d. h. in der Regel 3-fach) geimpft sind, ist insbesondere im Freistaat viel zu niedrig. Dennoch sind bislang nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Impfquote rasch und deutlich zu erhöhen. Neben einer flächendeckenden Wiedereröffnung von Impfzentren, mobilen Impfteams und anderen aufsuchenden Impfangeboten empfiehlt die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in ihrer Ad-Hoc-Stellungnahme vom 27.11.2021 die Einbeziehung weiterer medizinischer Berufsgruppen in die Impftätigkeit. Dazu gehören neben Hebammen, Pflegekräften, Zahn- und Amtsärztinnen und -ärzten auch Apothekerinnen und Apotheker.

Diese können sich bereits derzeit gemäß § 132j Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) im Rahmen von regionalen Modellprojekten an Impfkampagnen gegen Influenza beteiligen. Um selbst impfen zu können, müssen sie dabei eine mehrstündige ärztliche Schulung zur sicheren Verabreichung des Impfstoffes durchlaufen. Entsprechende Modellprojekte laufen derzeit in Kooperationen mit der AOK Baden-Württemberg und der AOK Rheinland/Hamburg. Eine Evaluation dieser Modellprojekte ergab, dass das Impfangebot in den Apotheken insbesondere Menschen erreicht hat, die sich sonst nicht hätten impfen lassen. Für viele Patientinnen und Patienten ist das Impfen in Apotheken weniger aufwendig und zeitintensiv als in Arztpraxen. Aus berufsrechtlichen Gründen ist es Apothekerinnen und Apothekern derzeit noch untersagt, andere oder weitere Impfungen durchzuführen.

Durch Kooperationsmodelle mit verschiedenen örtlichen Ärztinnen und Ärzten könnte diese Problematik überwunden werden. Der organisatorische Aufwand in den Praxen könnte verringert werden und bislang nicht an den Impfungen beteiligte Medizinerinnen und Mediziner könnten z. B. abwechselnd an einzelnen Tagen Impfaktionen gemeinsam mit und in der Vor-Ort-Apotheke durchführen und ansonsten den eigenen Praxisbetrieb weiter aufrechterhalten.

Damit könnte die Zahl der Impfangebote schnell und unkompliziert erhöht werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/19394

Impfturbo in Bayern zünden, Kompetenzstreit beenden: Impfprogramm durch Ärztinnen und Ärzte in Apotheken unverzüglich beginnen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Markus Plenk

Abg. Barbara Becker

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Andreas Krahl

Abg. Susann Enders

Abg. Roland Magerl

Abg. Johann Häusler

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Impfturbo in Bayern zünden, Kompetenzstreit beenden: Impfprogramm durch Ärztinnen und Ärzte in Apotheken unverzüglich beginnen! (Drs. 18/19394)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich bringe heute einen Vorschlag, der mit Parteipolitik nichts am Hut hat, sondern einfach eine pragmatische Lösung aufzeigen will. Wir sind uns darin einig, dass wir mit den Impfungen möglichst schnell vorankommen müssen, um die derzeitige Pandemiewelle zu brechen und um auf die Omikron-Variante möglichst gut vorbereitet zu sein. Derzeit gibt es im ganzen Land lange Schlangen vor den Impfzentren. Wir hören Berichte von Menschen, die nur sehr schwer an einen Impftermin kommen. Wir müssen vermeiden, dass Menschen abgewiesen werden oder sich abgeschreckt fühlen.

"Wer kommt, wird geimpft." Das hat der Ministerpräsident versprochen. Ein Hauptproblem besteht darin, dass offenbar nicht genügend Impfstoffe dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Jedoch hat der bis gestern amtierende Bundesgesundheitsminister Spahn nach dem von ihm angerichteten Kommunikationschaos um den Moderna-Impfstoff versichert, dass genügend Vakzine vorhanden seien. Glücklicherweise hat der von Bundeskanzler Olaf Scholz bestellte Generalmajor Carsten Breuer gleich an seinem ersten Tag, gestern, dafür gesorgt, dass es für Deutschland drei Millionen zusätzliche Impfdosen gibt. Diesen Krisenstab unter seiner Leitung einzurichten, war wohl der richtige Schritt.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern erklärt das Gesundheitsministerium auf seiner Homepage wörtlich:

Mittlerweile stehen die Impfstoffe in ausreichenden Mengen zur Verfügung und es kann allen Personen zeitnah ein Impfangebot gemacht werden.

Diese Aussage ist auf der Homepage des Gesundheitsministeriums unter der Rubrik Corona-Schutzimpfung zu lesen. Das stimmt zum Teil. Beispielsweise können sich in Hof Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen und Thüringen melden, um dort geimpft zu werden. Aber an anderen Stellen ist der Impfstoff leider nicht da und wird schmerzlich vermisst.

Der Ministerpräsident Söder hat neulich angekündigt, dass auch Apothekerinnen und Apotheker impfen können sollen. Das ist leider nur nicht ganz so einfach, weil man dafür ein sehr dickes juristisches Brett bohren müsste. Aber dafür ist jetzt nicht die richtige Zeit. Wir müssen nämlich schnell vorankommen. Darüber sind wir uns eigentlich auch einig. Jetzt ist nicht die Zeit für Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ärzten, Apothekern, Juristen und Politikern. Wir brauchen pragmatische Lösungen. Diese gibt es, wenn wir alle ins Boot holen.

Leider wurden die Impfzentren genau zu dem Zeitpunkt heruntergefahren, als für die ersten Prioritätsgruppen fünf bis sechs Monate nach der Zweitimpfung vergangen waren und es im August Zeit für die Booster-Impfung wurde. Der August kommt sechs Monate nach dem Februar. Davon hätte die Staatsregierung nicht überrascht sein müssen. Inzwischen geht es aber mit den Impfungen schneller, und das ist gut so.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Die Impfzentren sind sehr wohl per Dekret heruntergefahren worden. Die Landratsämter – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich darf Sie kurz unterbrechen. Die Zeit wird nicht angerechnet. – Ich möchte die Regierungsbank bitten, sich zurückzuhalten. Die Vertreter der Regierung können jederzeit am Rednerpult das Wort ergreifen. Wenn Sie Zwischenrufe tätigen wollen, dann müssen Sie sich ins Plenum set-

zen. Laut Geschäftsordnung sind Zurufe von der Regierungsbank nicht vorgesehen. – Bitte, Frau Kollegin.

(Beifall bei der SPD)

Ruth Waldmann (SPD): Das gibt mir jetzt dennoch die Gelegenheit, auf die Behauptung noch einmal einzugehen.

(Zuruf)

– Doch, die Impfzentren wurden zwischenzeitlich heruntergefahren, und zwar im August und September. Zu der Zeit, als die Booster-Impfungen dringend notwendig gewesen wären, ist bei den Impfzentren abgespeckt worden. Aber darum geht es mir jetzt nicht. Mit den Impfungen kommen wir momentan wieder schneller voran. Die Impfzentren sind wieder hochgefahren worden. Es besteht aber noch weiteres Potenzial, das bisher nicht ausgeschöpft wird.

(Zuruf)

– Bitte melden Sie sich doch. – Wenn wir in den Apotheken sofort mit den Impfungen anfangen könnten, ohne erst Gesetzesänderungen abwarten zu müssen, wäre das doch gut. Apotheken gibt es in Bayern flächendeckend und wohnortnah. Sie sind schon in die Impfstoffversorgung eingebunden. Sie verfügen über die notwendigen Kühlschränke, die Logistik und die Notfallmedikamente. Zudem sind sie eine vertrauensvolle Anlaufstelle für die Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist das dort noch nicht möglich, weil das Impfen der Ärzteschaft vorbehalten ist. Gleichzeitig sind einige Ärztinnen und Ärzte vieler Fachrichtungen bislang nicht oder nur wenig in die Impfeinsätze eingebunden. Diese verfügen aber über die Berechtigung und die Befähigung zum Impfen. Viele Impfwillige kommen von sich aus nicht auf den Gedanken, sich beispielsweise in einer orthopädischen oder gynäkologischen

Praxis für eine Impfung anzumelden. Für viele Facharztpraxen ist es bislang nicht sinnvoll, eigene Impfangebote vorzuhalten, zumal das Sicherstellen der Verfügbarkeit und der Haltbarkeit der Impfstoffe sehr aufwendig ist.

Sie könnten aber zumindest abwechselnd an einzelnen Tagen in einer örtlichen Apotheke beim Impfen helfen. Dann hätten wir das Problem der Kompetenzstreitigkeit überwunden. So könnten unkompliziert zusätzliche und wohnortnahe Impfaktionen angeboten werden, ohne großen Vorlauf, ohne Räumlichkeiten anmieten zu müssen und ohne Gesetzesänderung.

Wo sich Ärzte und Apotheker vor Ort zusammentun können und wollen, könnten kleine Impfzentren entstehen, und dies ohne lange Fahrtwege für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Das wird vielleicht nicht jede Apotheke können oder wollen, aber viele eben schon. Zumindest könnten manche an einzelnen Tagen solche Impfangebote machen. Damit wäre uns schon viel geholfen. So könnten wir die Zahl der Impfangebote schnell und unkompliziert erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Markus Plenk vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Waldmann, Sie haben wie viele Kollegen vor Ihnen erwähnt, dass das Impfen der Ausweg aus der Pandemie sei. Was macht Sie da so sicher? – Ich würde mir das natürlich auch wünschen. Schaut man sich jedoch aktuelle Zahlen beispielsweise aus Großbritannien an, stellt man fest, dass dort die Inzidenzwerte in fast allen Altersgruppen bei den Geimpften höher sind als bei den Ungeimpften. Beispielsweise sind in Gibraltar nahezu 100 % der Erwachsenen geimpft.

Jedoch liegen dort Inzidenzen von über 1.000 vor. Vor diesem Hintergrund bin ich mir ehrlich gesagt nicht so sicher darüber, dass die Impfung alleine der Ausweg aus der Pandemie sein kann.

Ruth Waldmann (SPD): Was Sie angeht, ist das ja völlig nebensächlich. Sie sind sowohl gegen Impfungen als auch gegen Kontaktbeschränkungen, das Maskentragen und die ganzen anderen Maßnahmen. Irgendetwas werden wir ja nun schon tun müssen. Sie haben uns hierzu noch keinen Weg aufzeigen können.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spätestens dann, wenn man von Ihrem Antragspapier aufblickt und in die Realität schaut, merkt man, wie überflüssig dieser Antrag ist. Sie haben Ihre Zeit genutzt, um nicht nur Ihren Antrag vorzustellen, sondern auch generell über alles drüberzuhauen, was in Bayern läuft. Aber gut; das sei vor Weihnachten erlaubt.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Richtig ist auf jeden Fall: Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Bayern schöpft wirklich alle Möglichkeiten aus, die Quote weiter zu steigern. Die Impfkapazitäten in Bayern werden bereits deutlich erhöht. Die Anzahl an durchgeführten Impfungen ist massiv angestiegen. Wir hatten letzte Woche fünfmal so viele Impfungen wie Anfang November in einer vergleichbaren Woche.

Der Weiterbetrieb der Impfzentren läuft. Dazu kommen viele mobile Teams. Die Impfzentren erweitern ihre Kapazitäten, um den Bedarf vor Ort abzudecken. Es gibt viele tolle Ideen für die Durchführung von Sonderimpfkampagnen in den Kommunen.

Sinnvoll ist es schon, die anderen Gesundheitsberufe einzubeziehen. Aber das, was Sie wollen, Frau Waldmann, erfordert nun einmal die Schaffung von Rechtsgrundlagen. Das muss auf Bundesebene passieren, und dort ist es bereits im Gange. Ziel ist die Schulung – sie müssen sich erst einmal schulen lassen – von Zahnärzten und Zahnärztinnen, Tierärzten und Tierärztinnen sowie Apothekern und Apothekerinnen.

Interessant ist: Die Einbeziehung von Apothekern und Apothekerinnen sowie Zahnärzten und Zahnärztinnen, aber auch von anderen geeigneten Personen, zum Beispiel Pflegekräften, ist jetzt schon möglich – halt im Wege der Delegation. Das heißt, ein Arzt delegiert die Möglichkeit zu impfen zum Beispiel an Apotheker und ihre Teams, an Zahnärzte usw. Er wählt dazu geeignetes Personal aus, leitet es an und überwacht es. Die Entscheidung, an wen die Aufgaben übertragen werden, liegt bei dem Arzt oder der Ärztin.

Die Staatsregierung kann keine Vorgaben machen; das kann nur der Bund. Deutschland hat mit Karl Lauterbach einen neuen Gesundheitsminister. Es wird zu sehen sein, wie sich die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag in den kommenden Wochen verhält, wenn es nicht schnell genug geht oder nicht genug Impfstoff da ist. Wir werden es abwarten.

Auf jeden Fall lehnen wir diesen Antrag ab. Es geht schon, es läuft schon. Dazu sagt vielleicht auch noch unser bayerischer Gesundheitsminister etwas.

Ich bedanke mich bei allen, die sich impfen lassen, und bei allen, die über den Impfstoff informieren, damit die Leute ihre Angst davor verlieren. Ich bedanke mich auch bei allen, die impfen. Das Prinzip der Delegation durch Ärzte an Apothekerinnen und Apotheker habe ich bereits erwähnt. Ich wiederhole: Das ist schon möglich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Becker, es ist grundsätzlich schon einmal gut, dass die SPD eine Anregung gibt und diese Möglichkeit ins Gespräch bringt – auf der einen Seite. Auf der anderen Seite ist es mit der Delegation halt nicht so einfach. Ich muss mich ja davon überzeugen, dass diejenigen, die dann unter meiner Delegation arbeiten, die entsprechende Fachkenntnis haben und zum Beispiel auch einen Notfall managen können. Wir haben zwar gehört, dass in den Apotheken Notfallmedikamente vorrätig sind; aber das Handling ist etwas anderes.

Die gesamte Aufklärungsarbeit darf vom Arzt nicht delegiert werden; das Aufklärungsgespräch ist eine rein ärztliche Aufgabe – vorausgesetzt, die Regelung wird nicht perspektivisch vom Bund so geändert, dass auch ein Apotheker aufklären darf. Ganz so einfach ist es also nicht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Barbara Becker (CSU): Ja.

(Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Andreas Krahl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, in der Forderung und dem dringenden Wunsch nach einem Impfturbo in Bayern sind wir uns in diesem Hohen Hause sicherlich einig. Insbesondere angesichts der dramatischen Corona-Lage und der immer noch beklagenswert niedrigen Impfquote ist es dringend geboten, dass wir hier den Turbo zünden.

Nach Delta wird in den nächsten Monaten Omikron mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unser größtes Problem sein. Wir sind also nicht nur gut beraten, jetzt, in der vierten Welle, alles daranzusetzen, um bereits die fünfte irgendwie abzufachen und aufzuhalten. Die Mittel dazu haben wir. Impfen, impfen und nochmals impfen! Die bayerische Impfkampagne kann nach dem Stocken und Stottern in den vergangenen Monaten wirklich einen Turbo gebrauchen. Der Vorschlag, den die Kollegin von der SPD gemacht hat, ist also nicht der schlechteste.

Unsere Ideen zum Impfen liegen aber auch auf dem Tisch. Wir brauchen passgenaue Angebote in den Impfzentren zu allen Tageszeiten, die irgendwie abdeckbar sind. Wir brauchen aufsuchende, niederschwellige Angebote für Kurzentschlossene. Wir brauchen Angebote, die niemanden ausnehmen, weder in den Brennpunkten der Städte noch in den abgelegenen Weilern irgendwo auf dem Land. Wir dürfen auch die Kinder und Jugendlichen nicht vergessen. Wir brauchen Impfungen in den Schulen und kindgerechte Impfstraßen nach Wiener Vorbild. Wir brauchen die Hausärzte und die Facharztpraxen.

Ganz besonders brauchen wir noch mehr Aufklärung – in allen Sprachen –, die alle Menschen verstehen.

Was wir auch brauchen – das ist meine persönliche Meinung –: Wir brauchen eine allgemeine Impfpflicht.

Zur Umsetzbarkeit des SPD-Vorschlags: Ich bin ehrlich, Frau Waldmann: Ich habe daran gewisse Zweifel. Impfungen zeitnah auch in den Apotheken anzubieten – ja, das ist richtig. Nicht etwa wegen Zweifeln an der berufsrechtlichen Kompetenz, sondern einfach aufgrund von Zweifeln an der Praktikabilität kann ich Ihnen in Ihrer Argumentation nicht folgen. Ich habe nicht die Fantasie, um mir vorzustellen, wie das ablaufen soll. Ich kenne kaum eine Apotheke, die allein die räumlichen Anforderungen an die Umsetzung Ihres Plans erfüllt.

Ich kann mir auch nur schwer vorstellen, dass niedergelassene Ärztinnen und Ärzte oder anderes medizinisches Personal zusätzlich zu ihrem eigentlichen Job jetzt noch eine Kooperation mit einer Apotheke eingehen. Mit dem Gedanken, dass in der Apotheke neben dem hektischen Alltagsgeschäft parallel geimpft werden soll – der Arzt soll ja auch noch ein Auge darauf werfen –, tue ich mich ehrlicherweise schwer.

Aber eines ehrt Sie: Die Idee hat verdammt viel Charme. Ich glaube nur, dass es insgesamt wichtiger ist, dass man die berufspolitischen Kompetenzen auch in die Richtung der Apotheken lenkt. Ja, wir brauchen jede umsetzbare Idee. Aber wir müssen auch klug mit den vorhandenen Ressourcen der Fachkräfte umgehen. Fachpersonal ist in dieser Pandemie an allen Ecken und Enden der limitierende Faktor. Genau deshalb müssen wir ihn so effektiv wie möglich einsetzen.

Ich bin ehrlich: Wir sind skeptisch, was den Antrag angeht, stehen ihm aber nicht vollkommen ablehnend gegenüber. Impfungen in den Apotheken – ja, bitte, gern, sofort, wenn wir dadurch kein Fachpersonal aus den bestehenden Strukturen herausnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Abgeordnete Susann Enders. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Impfen, Testen, Abstand, Kontaktreduktion – all diese Maßnahmen sind Teil der gesamten Corona-Bekämpfungsstrategie. Ihren Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab. Natürlich erhöht Bayern die Impfkapazität. Im Freistaat gibt es derzeit 81 Impfzentren. Dass diese Impfstoff benötigen, wissen auch Sie. Es ist nun auch Ihre Aufgabe, die Aufgabe der SPD, eines SPD-Kanzlers und eines SPD-Gesundheitsministers, dafür zu sorgen. Liefern Sie Impfstoff! Bayern würde impfen.

Im Vergleich zum November ist die Zahl der Impfungen inzwischen fünfmal höher. Ziel der Bayerischen Staatsregierung – darüber sprechen auch wir in den Regierungsfraktionen – ist die Einbeziehung weiterer Gesundheitsberufe in die Corona-Impfung. Das erfordert natürlich als Allererstes die Schaffung einer Rechtsgrundlage. Die Gesetzesvorhaben sind aber auf Bundesebene bereits im Gange.

Da das Thema Impfen in Apotheken bei meinem Vorredner so direkt und massiv aufgeplopt ist: Wir dürfen hier auf keinen Fall die Rechnung ohne den Wirt machen. Die Apotheken sind derzeit durch Testungen und die Ausstellung von Test- und Genesenzertifikaten massiv belastet. Außerdem muss die Impfung meiner Meinung nach immer eine ärztliche Leistung bleiben. Wie ich vorhin schon gesagt habe, sollte gerade die Impfung von Minderjährigen eine Leistung des Arztes des Vertrauens sein. Einfach so, im Vorbeigehen, die Spritze in den Arm – so sollte es nicht sein, gerade in Bezug auf ein mögliches Notfallmanagement; Herr Dr. Spitzer hat es angesprochen.

Auch hier ist politisches Wunschdenken nicht unbedingt zielführend. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Frau Kollegin, Sie haben soeben gesagt – ähnlich wie vorhin Kollegin Becker –, dass in Bayern alles schon laufe und es deswegen unseren Antrag nicht brauche. Warum hat dann der Herr Ministerpräsident vorgeschlagen, dass die Apothekerinnen und Apotheker die Möglichkeit zum Impfen bekommen? – Das war doch sein Vorschlag; den hat er sicherlich mit Ihnen abgesprochen.

Sie haben auch darauf hingewiesen, dass die Gesetzesänderung in Berlin schon auf dem Weg sei. Dann aber haben Sie gesagt, Sie seien dagegen, dass der Arztvorbehalt fallen soll. Auch das passt nicht zusammen.

Also noch einmal: Der Vorschlag zum Impfen in den Apotheken kam ursprünglich vom Ministerpräsidenten. Die Umsetzung seines Vorschlags dauert halt länger, weil man dafür erst noch viele Gesetze ändern muss. Die Umsetzung meines Vorschlags ginge schneller, weil die Ärzte – das noch zu meinem Vorredner –, die an einzelnen Tagen noch Kapazitäten haben und noch nicht in das Impfen eingebunden sind, dazu vielleicht etwas beitragen könnten.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Bei aller Liebe, Frau Waldmann: Ohne rechtliche Grundlagen geht nun mal nichts, und das ist auch richtig so. In dem Fall würden Sie es vielleicht befürworten, in einem anderen Fall würden Sie es vielleicht nicht gut finden.

Der Bund soll den Impfstoff liefern, dann schauen wir, dass wir ihn in Bayern an die Menschen bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Roland Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie wollen in den Apotheken impfen lassen, weil das Impftempo zu langsam ist, und Sie wollen dort impfen, weil Sie meinen, dass man dort Leute erreicht, die man sonst nicht erreicht. Da frage ich mich gleich, wieso man nicht gleich in Restaurants oder beim Textildiscounter impft. – Stimmt! Ein Ungeimpfter kommt dort momentan gar nicht mehr rein. Alles wurde zugemacht, um die Einzelhändler und die Gastronomie

als Faustpfand gegen die Ungeimpften zu missbrauchen, und das, obwohl sich laut RKI dort kaum jemand ansteckt.

Mal ehrlich: Einfach irgendwo zu impfen, bloß weil es jetzt pressiert, ist wahrscheinlich nicht die Königslösung. Kolleginnen und Kollegen, impfen soll und muss eine ärztliche Aufgabe bleiben. Nur weil die Bundes- und die Staatsregierung über den Sommer im Wahlkampfmodus alles verschlafen haben, müssen wir jetzt nicht alles über Bord werfen. Wir haben im Ausschuss schon darüber diskutiert, dass das Herunterfahren der Impfzentren nicht wirklich durchdacht war.

Meinetwegen sollen jetzt Impfbusse fahren oder Impfaktionen stattfinden – das Ganze aber natürlich nur ärztlich begleitet. Meinetwegen kann das Impfen auch ärztlich begleitet in einer Apotheke erfolgen. Doch im Moment stellt sich die Frage: Welcher Arzt hat denn noch Zeit? Wir sehen doch vor den Praxen die langen Schlangen von Menschen, die anstehen. Ärzte, die freie Kapazitäten haben, sind sowieso schon in den Impfzentren eingebunden. Die Krankenhäuser sind vollgelaufen. Ich glaube nicht, dass sich ein Arzt Kapazitäten herausschneiden kann, um noch eine Impfung in einer Apotheke zu begleiten. Die fachärztlichen Praxen sind eh schon komplett überlaufen. Auch bei den Kinderärzten sind sämtliche Praxen voll. Dass wir Ärzte mit freien Kapazitäten haben, die die Impfaktionen in den Apotheken übernehmen könnten, sehe ich leider nicht.

Bei der Überlegung, dass auch ein Apotheker oder ein Medizinstudent impft, brauchen wir uns nur einmal die Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts anzuschauen, auch wenn diese bestimmt nicht vollständig sind: In durchschnittlich 1,6 Fällen pro 1.000 Impfdosen wurden Nebenwirkungen gemeldet; als Impfungen mit schwerwiegenden Reaktionen wurden sogar 0,2 Fälle pro 1.000 Impfdosen bei Corona-Impfungen gemeldet. Das mag nicht viel sein und hört sich im ersten Moment auch nicht viel an; aber es ist definitiv nicht verantwortbar, dass kein Arzt vor Ort ist, der sich kümmert und behandeln kann, wenn nach der Impfung in einer Apotheke eine schwerwiegende Reaktion auftritt. Wir haben es gestern bei der Zweiten Lesung zur Änderung des Bayerischen

Rettungsdienstgesetzes gehört: Auf das Eintreffen eines Rettungswagens und eines Notarztes innerhalb von zwölf Minuten sollte man sich außerhalb Münchens nicht verlassen.

Daher sagen wir Nein zu Ihrem Antrag. Wir wissen: Irgendein Wischiwaschi, das jetzt begonnen wird, öffnet Tür und Tor für Weiteres in der Zukunft. Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit gehören in die Hände von Ärzten, die Nebenwirkungen dann im Griff haben. Zudem soll das Impfen nicht zu einem Nebenerwerb für andere Branchen werden.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; zur ersten erteile ich dem Abgeordneten Johann Häusler von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Magerl, Sie hätten Ihren Vortrag vielleicht etwas kürzer fassen können, indem Sie gesagt hätten: Wir sind grundsätzlich gegen das Impfen. – Sie haben alles aufgeführt, was irgendwie dagegen spricht. Vielleicht können Sie mir erklären, wo Sie schon einmal zum Impfen aufgerufen haben, welche Initiativen Sie in diesem Haus schon zu einer positiven Darstellung des Impfens gebracht haben. Bisher haben wir von Ihnen nur das Gegenteil gehört, das Verleugnen und das Abstreiten. Sie nehmen billigend all die menschlichen Schicksale in Kauf.

(Beifall – Zurufe)

Roland Magerl (AfD): Geschätzter Kollege, ich denke nicht, dass ich mich schon einmal komplett gegen das Impfen gestellt habe. Das könnten Sie mal herausziehen und hier zitieren.

Hätten Sie meiner Rede aufmerksam zugehört, dann hätten Sie vernommen, dass wir Impfkationen über Busse machen können, wir können sonstige Impfkationen machen; wenn diese ärztlich begleitet sind, sind wir dabei.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Magerl, ich möchte einen Punkt richtigstellen und vor allem ein Signal nach außen geben: Sie jonglieren unter Verweis auf das Paul-Ehrlich-Institut mit Zahlen zu Nebenwirkungen der Impfung. Man muss ehrlicherweise sagen, dass allergische Reaktionen, die akut bedrohlich sind, extrem selten sind und die Zahlen dazu deutlich geringer sind, nicht bei 0,2 pro 1.000 Impfungen liegen. In meiner Praxisgemeinschaft bzw. auch mit den Betriebsärzten wurden mittlerweile über 10.000 Leute erst- und zweitgeimpft. Dabei gab es keinerlei größere Nebenwirkungen. Das möchte ich in diesem Zusammenhang einfach einmal erwähnen.

(Beifall bei der FDP)

Roland Magerl (AfD): Herr Kollege Spitzer, die Zahlen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern sie sind vom Paul-Ehrlich-Institut abgeleitet. Mehr kann ich an dieser Stelle nicht sagen. Wenn bei Ihnen in 10.000 Fällen keine Nebenwirkungen aufgetreten sind, dann haben Sie in Ihrer Praxis Glück gehabt. Woanders schaut das definitiv anders aus, sonst würden diese Zahlen nicht zustande kommen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Dominik Spitzer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Frau Waldmann, mein Ansatz wäre ein anderer: Ich würde versuchen, die Arztpraxen zurückzugewinnen, die aktuell der Impfkampag-

ne den Rücken zugekehrt haben, weil die Impfstoffversorgung in den letzten Wochen einfach miserabel war.

Grundsätzlich sind natürlich alle Initiativen, die auf eine Beschleunigung des Impffortschritts zielen, zu begrüßen. Die Menschen sind jetzt bereit, sich impfen zu lassen. Der Flaschenhals der Impfkampagne – wie bereits erwähnt wurde – besteht in den aktuell nicht ausreichenden Impfstofflieferungen.

Liebe SPD, Herr Lauterbach hat es nun geschafft, das Amt des Gesundheitsministers innezuhaben. Wir haben hier einen ausgewiesenen Fachmann. Zusätzlich hat die Ampelkoalition einen Krisenstab ins Leben gerufen. Tatsächlich beruhen auch meine Hoffnungen darauf, dass wir hier in Zukunft mehr Planungssicherheit bekommen.

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Jede helfende Hand tut gut, nur sind diese Kapazitäten leider begrenzt – Herr Krahl hat das ausführlich dokumentiert. Ich würde mich freuen, Frau Waldmann – ich meine das ganz ehrlich –, wenn Sie es mit Ihrem Dringlichkeitsantrag tatsächlich schaffen würden, ausreichend medizinisches Personal in die Apotheken zu bekommen. Aber das Personal ist schon jetzt gebunden und in die Impfkampagne eingebunden. Deshalb sehe ich das als relativ schwierig an. Dennoch ist es wichtig, dass mit dem Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 auf Bundesebene auch Apotheker, Zahnärzte und zum Beispiel auch Tierärzte zur Durchführung der Impfung befähigt werden.

Ich möchte auch hier meine Bitte an die Personen wiederholen, die sich bisher nicht haben impfen oder sich nicht haben boostern lassen: Bitte lassen Sie das schnellstmöglich durchführen!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/19394 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.